

I A - 11/1/1/6

Bericht

über die 26. Tagung des Statistischen Beirats

am 15. November 1979

Anwesende

Präsidentin Dr. Bartels (als Vorsitzende)	Statistisches Bundesamt	Wiesbaden
--	-------------------------	-----------

Vertreter der Bundesministerien und Bundesbehörden

Dahms	Bundeskanzleramt	Bonn
Dr. Ordemann	Bundesministerium des Innern	Bonn
Pohl	Bundesministerium des Innern	Bonn
Dr. Friebe	Bundesministerium der Finanzen	Bonn
Dr. Kolfenbach	Bundesministerium für Wirtschaft	Bonn
Dr. Schorr	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Bonn
Schmidt	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Bonn
Dr. Berié	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	Bonn
Bangert	Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit	Bonn
Legat	Bundesministerium für Verkehr	Bonn
Bluhm	Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen	Bonn
Menge	Bundesministerium für Raumord- nung, Bauwesen und Städtebau	Bonn
Frau Bolle	Bundesministerium für Forschung und Technologie	Bonn
Dr. Freund	Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft	Bonn

Gebauer	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit	Bonn
Frau Dr. Riethmüller	Bundesrechnungshof	Frankfurt/Main
Dr. Dr. Karehnke	Bundesrechnungshof	Frankfurt/Main
Gschwendtner	Deutsche Bundesbahn	Frankfurt/Main
Dr. Hanau	Deutsche Bundesbank	Frankfurt/Main

Vertreter der Statistischen Landesämter

Dr. Mohr	Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein	Kiel
Dr. Hruschka	Statistisches Landesamt Hamburg	Hamburg
Dr. Koop	Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik	Hannover
Hannemann	Statistisches Landesamt Bremen	Bremen
Benker	Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf
Dr. Benz	Hessisches Statistisches Landesamt	Wiesbaden
Poch	Hessisches Statistisches Landesamt	Wiesbaden
Dr. Weis	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	Bad Ems
Prof. Dr. Szameitat	Statistisches Landesamt Baden-Württemberg	Stuttgart
Dr. Scheingraber	Bayerisches Statistisches Landesamt	München
Dr. Kunkel	Statistisches Amt des Saarlandes	Saarbrücken
Prof. Dr. Hanisch	Statistisches Landesamt Berlin	Berlin (West)

Vertreter der Verbände und Organisationen

Dr. Meichsner	Deutscher Landkreistag	Bonn
Dr. Rehm	Deutscher Städte- und Gemeindebund	Düsseldorf
Dr. Kriegbaum	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.	Bonn

Dr. Freitag	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.	Bonn
Dr. Rohmann	Deutscher Industrie- und Handelstag	Bonn
Dr. Vogt	Zentralverband des Deutschen Handwerks	Bonn
Dr. Oehler	Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels	Köln
Dr. Stahlmann	Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels e.V.	Bonn
Langsch	Gesamtverband der Versicherungswirtschaft e.V.	Köln
Frau Dr. Edelmann	Arbeitsgemeinschaft Energie	Bonn
Graf Pückler	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände	Köln
Dr. Embser	Bundesverband der Freien Berufe	Bonn
Wergles	Ständige Konferenz der Hauptgeschäftsführer der Verbände des Verkehrs	Köln
Görlich	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes (WSI)	Düsseldorf
Birkhan	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft	Hamburg
Prof. Dr. Krengel	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	Berlin (West)
Prof. Dr. Schwenzner	Präsidialausschuß Marktforschung beim Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW)	Frankfurt/Main
Semrau	Statistik der Kohlenwirtschaft e.V.	Essen

Vertreter der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder

Dr. König	Ministerium für Kultus und Sport Baden-Württemberg	Stuttgart
Dr. Mohr	Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder	Bonn

Vertreter der Landesregierungen

Dr. Lang

Finanzministerium Baden-
Württemberg

Stuttgart

Statistisches Bundesamt

Dr. Hamer; Dr. Streit; Dr. Bürgin, Zindler, Frau Engelmann, Frau Jäger,
Herberger, Schlüter, Hansen; Gruppenleiter.

Bericht

Präsidentin Dr. Bartels eröffnet die 26. Tagung des Statistischen Beirats und begrüßt die Teilnehmer und Ministerialdirektor Dr. Orde-
mann vom Bundesministerium des Innern als Gast.

Mit der Bekanntgabe der seit der letzten Tagung eingetretenen perso-
nellen Veränderungen im Statistischen Beirat verbindet Frau Dr.
Bartels den Dank an Prof. Dr. Krengel und Dr. Hülten für ihre
zwanzigjährige Mitarbeit im Statistischen Beirat. Als neue Beirats-
mitglieder stellt Frau Dr. Bartels Dr. Schorr als neuen Vertreter
des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,
Dr. Koop, den neuen Leiter der Abteilung Statistik im Niedersäch-
sischen Landesverwaltungsamt, Dr. Weis, den neuen Präsidenten des
Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, Herrn Hannemann, den
neuen Leiter des Statistischen Landesamtes Bremen, und Dipl.-Volks-
wirt Wergles als neuen Vertreter der Ständigen Konferenz der
Hauptgeschäftsführer der Verbände des Verkehrs vor. Als zweiter Ver-
treter des Deutschen Gewerkschaftsbundes neben Dr. Markmann wurde
Dipl.-Volkswirt Görlich vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen
Institut des DGB in den Statistischen Beirat berufen. Die Ständige
Konferenz der Kultusminister der Länder wird von Ministerialdirigent
Dr. König vom Ministerium für Kultus und Sport Baden-Württemberg
vertreten. Im Statistischen Bundesamt hat Abteilungspräsident
Herberger die Leitung der Abteilung VIII "Bevölkerung, Erwerbstätig-
keit, Wohnungswesen, Allgemeine Auslandsstatistik" übernommen, nach-
dem Dr. Schwarz Direktor und Professor des Bundesinstituts für Be-
völkerungsforschung geworden ist. Herr Herberger ist auch zum stell-
vertretenden Bundeswahlleiter bestellt worden. Nachfolgerin von
Herrn Herberger als Leiter der Abteilung V "Ernährung und Landwirt-
schaft, Handel und Verkehr" ist Ltd. Regierungsdirektorin Dr.
Brandner.

In einem Rückblick aus Anlaß der letzten Beiratstagung während ihrer
Amtszeit unterstreicht Frau Dr. Bartels die besondere Bedeutung des
Statistischen Beirats, seiner Fachausschüsse und Arbeitskreise für
die Arbeit des Statistischen Bundesamtes und dankt den Beiratsmit-
gliedern für ihre Unterstützung und die gute Zusammenarbeit. Sie
weist noch einmal auf die besondere Situation der letzten Jahre hin,
in denen die Bundesstatistik zugleich konsolidiert und weiterent-

wickelt werden mußte. Die Konsolidierungsaktionen - Durchforstung des statistischen Programms durch den Abteilungsleiterausschuß Statistik, Überprüfung der Organisation der Bundesstatistik durch den Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung - und die Novellierung des Bundesstatistikgesetzes, die die Arbeitskraft des Amtes in starkem Maße in Anspruch genommen haben, sind weitgehend abgeschlossen. Mit dem Ergebnis könne man zufrieden sein. Für die erfolgreiche Weiterentwicklung des statistischen Instrumentariums führt Frau Dr. Bartels als Beispiele u.a. die Neuordnung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe, in der Landwirtschaft, in der öffentlichen Finanzwirtschaft, im Handel und Gastgewerbe, die neuen Aufgaben auf dem Gebiet der Umwelt, des Bildungswesens, des Film- und Pressewesens, im Bereich der Statistiken des Gesundheitswesens und der Sozialleistungen sowie die Einführung der Beschäftigtenstatistik an. Fortschritte wurden auch auf dem Gebiet der Weiterverarbeitung statistischer Ergebnisse erzielt, u.a. durch die Aufstellung von Input-Output-Tabellen, die Berechnung von Vierteljahresergebnissen für ausgewählte Größen des Sozialprodukts und - in jüngster Zeit - durch die Bereitstellung von Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Zwecke der sektoralen Strukturberichterstattung. Nach umfangreichen und schwierigen Vorarbeiten konnte auch das Statistische Informationssystem seinen Betrieb aufnehmen; eine in Bonn eingerichtete Beratungsstelle bietet dem Benutzer die Möglichkeit, sich über dieses neue Instrument unterrichten und bei der praktischen Arbeit unterstützen zu lassen. In vollem Gange sind die Arbeiten an der Vorbereitung bzw. Durchführung wichtiger Großzählungen, insbesondere der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1981. Neue Entwicklungen sind auf dem Gebiet des Datenschutzes sowie im Zusammenhang mit den aktuellen Bemühungen um mehr Bürgernähe der Verwaltung zu verzeichnen.

Mit persönlichen Worten dankt Ministerialdirektor Dr. Ordemann Frau Dr. Bartels für ihren unermüdlichen Einsatz und ihr stetiges Engagement bei den gemeinsamen Aufgaben der vergangenen Jahre. Neben einer Vielzahl von Einzelvorhaben haben vor allem die Bemühungen um eine Straffung des Aufgabenprogramms der Bundesstatistik, beginnend mit der Überprüfung des statistischen Programms durch den Abteilungsleiterausschuß Statistik bis hin zu den Arbeiten an den Gesetzentwürfen des Bundesstatistikgesetzes, des Statistikbereinigungsgesetzes und des Volkszählungsgesetzes, zu einer intensiven und erfolgreichen

Zusammenarbeit geführt. Auch wenn die Gesetze nicht mehr während ihrer Amtszeit verkündet werden, sind doch, wie Dr. Ordemann besonders hervorhebt, die entscheidenden Beratungen von Frau Dr. Bartels maßgeblich mitgestaltet worden.

Stellvertretend für die Beiratsmitglieder ergreift Prof. Dr. Krengel das Wort und resümiert in launigen Worten den Werdegang von Frau Dr. Bartels. Aus der Sicht der Wirtschaftsforschung stellt er als besonderes Verdienst von Frau Dr. Bartels die Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen heraus und verbindet damit gleichzeitig seine Anerkennung für die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Zwecke der Strukturberichterstattung.

Frau Dr. Bartels dankt Dr. Ordemann und Prof. Dr. Krengel für ihre anerkennenden Worte und allen Beiratsmitgliedern für die gute Zusammenarbeit in allen Sachfragen und für die ihr entgegengebrachte persönliche Freundschaft.

I. Stand der parlamentarischen Beratungen wichtiger Gesetzesvorhaben auf dem Gebiet der Statistik

Anknüpfend an die Erörterungen auf früheren Beiratstagungen berichtet Dr. Ordemann über den Stand der parlamentarischen Beratungen des Entwurfs eines Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke, eines Volkszählungsgesetzes und eines Statistikbereinigungsgesetzes.

Nachdem der Bundesrat am 10. November 1978 die Gesetzentwürfe im ersten Durchgang behandelt hatte und die Bundesregierung Ende Januar in ihrer Gegenäußerung zu den Vorschlägen des Bundesrates Stellung genommen hat, sind im Frühjahr dieses Jahres die Beratungen im Bundestag und seinen Ausschüssen angelaufen.

Der Bundestag hat die Gesetzentwürfe am 15. Februar 1979 in erster Lesung an den Innenausschuß, der auch die Federführung für das Gesetzespaket hat, an den Haushaltsausschuß, den Ausschuß für Wirtschaft, den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und den Ausschuß für Bildung und Wissenschaft als mitberatende Ausschüsse überwiesen. Diese Ausschüsse bzw. von ihnen speziell zur Beratung der

drei Statistikgesetze eingesetzte Arbeitsgruppen haben in den vergangenen Monaten sehr eingehend über die Gesetzesvorhaben beraten, z.T. unter Anhörung von Vertretern zahlreicher anderer, an der Statistik beteiligter oder interessierter Institutionen, wie der Landesregierungen, des Bundesbeauftragten für Datenschutz und eines Landesdatenschutzbeauftragten, der Wissenschaft, der Spitzenverbände der Wirtschaft und der Kirchen, um deren Auffassungen kennenzulernen. In der abschließenden Sitzung des Innenausschusses, die am Vortag stattgefunden hat, sind die drei Gesetzentwürfe einstimmig verabschiedet worden. Zum weiteren Zeitplan führt Dr. Ordemann aus, daß die 2. und 3. Lesung im Bundestag in der letzten November-Woche stattfinden soll; die nochmalige Beratung im Bundesrat, bei der ggf. über die Anrufung des Vermittlungsausschusses entschieden wird, ist für den 21. Dezember 1979 vorgesehen¹⁾.

Anschließend geht Dr. Ordemann auf die einzelnen Beschlüsse des Innenausschusses zum Volkszählungsgesetz und Bundesstatistikgesetz ein²⁾. Als zentrales Problem bei den Erörterungen dieser beiden Gesetze haben sich die Geheimhaltungsvorschriften bzw. die Regelungen für eine ausnahmsweise Übermittlung von Einzelangaben an Dritte herausgestellt, beim Volkszählungsgesetz ging es im wesentlichen um spezielle Fragen der Weiterleitung bestimmter Einzelangaben an die Gemeinden, die Wissenschaft und die Kirchen, beim Bundesstatistikgesetz um die grundsätzlichen Fragen einer Erweiterung des Empfängerkreises von Einzelangaben und einer Weitergabe anonymisierter Einzelangaben.

Weitere Schwerpunkte lagen beim Volkszählungsgesetz bei der Frage der Erfassung des Umsatzes in der Arbeitsstättenzählung; beim Bundesstatistikgesetz bei der Kompetenz des Statistischen Bundesamtes, Erhebungs- und Aufbereitungsprogramme im Benehmen

1) Der Bundestag hat die Gesetzentwürfe in der Fassung der Beschlußempfehlung des Innenausschusses am 29. November 1979 in 2. und 3. Lesung einstimmig angenommen. Der Bundesrat hat am 21. Dezember 1979 zu den Gesetzentwürfen den Vermittlungsausschuß angerufen.- 2) Einzelheiten sind den als Anlage beigefügten Beschlußempfehlungen des Innenausschusses zum Entwurf eines Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke bzw. zum Entwurf eines Gesetzes über eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung (Bundestags-Drucksachen 8/3413 und 8/3412) zu entnehmen.

mit den Ländern festzulegen, sowie bei der Frage der ein- oder mehrmaligen Anordnung von Bundesstatistiken durch Rechtsverordnung. Ergänzend erläutert Frau Dr. Bartels das Zustandekommen einzelner Beschlüsse, insbesondere der Regelung für eine Übermittlung anonymisierter Einzelangaben.

In der anschließenden Aussprache werden die aus dem Kreis der Beiratsmitglieder vorgetragenen ergänzenden Fragestellungen erschöpfend beantwortet. Hinsichtlich der voraussichtlichen Beurteilung der drei Gesetzentwürfe durch den Bundesrat hält insbesondere Dr. Rohmann die von Dr. Ordemann vorgetragene optimistische Auffassung für fraglich. Aus der Sicht der Statistischen Landesämter bedauert Dr. Mohr, daß die von Dr. Ordemann vorher zitierte Beschlußempfehlung des Innenausschusses einseitig die mit der Beantwortung von Statistiken verbundenen Belastungen in den Vordergrund stellt, ohne den Auskunftspflichtigen auch einmal Aufgaben und Bedeutung der Statistik angemessen vor Augen zu führen. Er wird darin von Prof. Dr. Krengel unterstützt, der es für wünschenswert hielte, wenn möglichst viele Institutionen der amtlichen Statistik den Rücken stärkten und sich aus diesem Grunde auch für eine entsprechende Erklärung des Statistischen Beirats ausspricht. Dr. Freitag hält es demgegenüber für wichtiger, dem einzelnen Auskunftspflichtigen die Verwendungszwecke der jeweiligen Erhebung, zu der er herangezogen wird, eingehend zu erläutern, insbesondere wenn er keine direkte Nutzenanwendung für die Statistik hat. Dr. Vogt betont, daß in der Wirtschaft keine generell negative Einstellung zur Statistik vorherrsche; in letzter Zeit sei jedoch eine gewisse Belastungsschwelle überschritten worden, was zur Kritik geführt hätte.

Frau Dr. Bartels stellt heraus, daß die Situation in der Bundesrepublik Deutschland keinen Ausnahmefall darstellt; auch international wird auf dem Gebiet der Wirtschaftsstatistiken die Grenze der Belastung der Auskunftspflichtigen erreicht. Sie bittet die Verbände in ihrer Funktion als Mittler zwischen Staat und Unternehmen, verstärkt bei ihren Mitgliedern für die Belange der Statistik einzutreten, da sie dadurch die Statistik bei ihren Aufgaben in entscheidendem Maße unterstützen können. Dr. Rohmann und Dr. Freitag weisen darauf hin, daß es in der letzten Zeit zunehmend schwieriger geworden sei, Verständnis für die Statistik zu wecken.

Den Bedenken einiger Beiratsmitglieder, die Beschlußempfehlung des Innenausschusses könne negative Auswirkungen für das Ansehen der Statistik und auf die Auskunftsbereitschaft haben, hält Dr. Orde-
mann entgegen, daß die intensiven Beratungen der drei Gesetzentwürfe in den Ausschüssen als Indiz für den gestiegenen Stellenwert der Statistik im politischen Bereich angesehen werden könnten.

Frau Dr. Bartels weist ergänzend auf die Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit für die Volkszählung durch das Bundesministerium des Innern hin; wünschenswert wäre es, wenn z.B. auch von seiten des Wirtschaftsministeriums der Statistik noch mehr Hilfe zuteil würde. Dr. Kolfenbach sichert dies zu, betont jedoch gleichzeitig die Schwierigkeiten, z.B. einem Auskunftspflichtigen die gestiegene Bedeutung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Instrument der umfassenden Wirtschaftsbeobachtung und Grundlage für gesamtwirtschaftliche Analysen und Projektionen klarzumachen.

Frau Dr. Bartels faßt als Fazit der Diskussion zusammen, daß Öffentlichkeitsarbeit nicht nur Sache der Statistiker, sondern vor allem der Benutzer sein muß. Sie regt an, dieses Thema auf einer der nächsten Beiratstagungen zu vertiefen.

Zum Statistikbereinigungsgesetz erläutert Herr Pohl die Beschlußempfehlungen des Innenausschusses zu den einzelnen Artikeln¹⁾ und beantwortet weitergehende Fragen verschiedener Beiratsmitglieder. Mit dem Dank an die Vertreter des Bundesministeriums des Innern für ihren großen Einsatz bei den Vorbereitungen und den Beratungen der Gesetzentwürfe schließt Frau Dr. Bartels die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt.

II. Ausgewählte Fragen der amtlichen Statistik

1. Stand der Vorbereitungsarbeiten für die Volkszählung 1981

Einleitend gibt Dr. Hamer einen Überblick über den Stand und die Schwerpunkte der Vorbereitungsarbeiten für die Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1981. Er bedauert, daß auch nach dem derzeitigen Stand der parlamentarischen Beratungen noch kein definitiver Termin für die Verkündung der Rechts-

1) Einzelheiten sind der als Anlage beigefügten Beschlußempfehlung des Innenausschusses zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften - Bundestags-Drucksache 8/3417 - zu entnehmen.

grundlage zu erkennen ist. Von seiten der Statistischen Ämter besteht nach wie vor ein dringendes Interesse an einer raschen Verabschiedung des Gesetzes. Schon jetzt ist abzusehen, daß die für Anfang 1980 geplante Probeerhebung einen ihrer Zwecke, nämlich zur Gestaltung der Fragebogen beizutragen, nicht mehr voll erfüllen kann.

Bei der Gestaltung der Fragebogen sind neben den Erfahrungen aus früheren Zählungen die Ergebnisse zahlreicher Fragebogentests sowie vielfältige sonstige Anregungen verwertet worden. Besonderer Wert wurde darauf gelegt, daß die Erhebungspapiere in ihrer äußeren Form sowie in der Formulierung der einzelnen Fragen "bürgerfreundlich" gestaltet sind. Das Statistische Bundesamt hat hierzu u.a. mit der Bundesstelle für Büroorganisation und Bürotechnik, der Gesellschaft für Deutsche Sprache, Fachkräften führender Druckereifirmen für EDV-Lesebelege sowie Vertretern von Markt- und Meinungsforschungsinstituten Verbindung aufgenommen, um die dort vorhandenen Erfahrungen zu nutzen.

Die Schwerpunkte der methodisch-technischen Vorbereitung des Zählungsablaufs lagen in der Ausarbeitung bzw. Weiterentwicklung des Datenflußplans, des Ordnungssystems sowie der Konzepte für die Plausibilitätskontrolle und die deskriptive Kontrolle der Zählungsergebnisse.

Viel Mühe verwenden die Statistischen Ämter darauf, die Bevölkerung durch gezielte Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit zur Mitarbeit zu gewinnen, ohne die eine erfolgreiche Durchführung der Zählung nicht möglich ist. Ziel dieser Maßnahmen ist es, um Verständnis für die Erhebung zu werben, die erfolgreichen Bemühungen um einen bereichsspezifischen Datenschutz sowie um eine bürgerfreundliche Gestaltung der Erhebungspapiere herauszustellen, damit evtl. vorhandene Widerstände bei der Bevölkerung abgebaut werden. Vorgesehen ist, die Öffentlichkeit nach einem abgestuften Zeitplan mit Hilfe der Massenmedien (Presse, Fernsehen, Rundfunk) über die Notwendigkeit der Zählung, über Bedeutung und Verwendung der Ergebnisse und über den Schutz der Daten zu informieren. Dabei werden die überregionalen Informationsmaßnahmen des Statistischen Bundesamtes mit den regionalen Aktionen der Statistischen Landesämter abgestimmt.

Zur Klärung der vielfältigen anstehenden Fragen ist beabsichtigt, im Frühjahr 1980 den Arbeitskreis "Öffentlichkeitsarbeit" einzuberufen.

Im Mittelpunkt der anschließenden Diskussion steht der weitere Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens. Herr Pohl erklärt, daß nach seinen Informationen der Bundestag sich voraussichtlich noch in der letzten November-Woche mit dem Volkszählungsgesetz befassen wird¹⁾. Nicht zuletzt sei das auch dem steten Bemühen des Bundesministeriums des Innern um eine Beschleunigung des Gesetzgebungsverfahrens zu verdanken. Da die Gewährung einer Finanzzuweisung an die Länder aller Voraussicht nach abgelehnt werden dürfte, ist die Anrufung des Vermittlungsausschusses und damit eine weitere Verzögerung wohl unvermeidlich, was auch von einigen anderen Beiratsmitgliedern unterstrichen wird.

2. Stand der Arbeiten an weiteren neuen bzw. erweiterten oder geänderten Statistiken

a) Statistiken im Produzierenden Gewerbe

Einleitend gibt Frau Jäger einen Bericht über den Stand der Statistiken im Produzierenden Gewerbe, deren Umstellung nach vielen Schwierigkeiten inzwischen weitgehend abgeschlossen ist. Das monatliche Berichtssystem funktioniert zufriedenstellend, ebenso die vierteljährlichen Produktionsstatistiken. Bei den Jahreserhebungen ist die Umstellung auf die Kumulierung der Monatsergebnisse und ihre Zusammenführung mit den Ergebnissen der Investitionserhebung programmtechnisch abgeschlossen; Verzögerungen ergeben sich noch dadurch, daß bislang nicht alle Ergebnisse vorliegen. Davon sind auch einige nachfolgende Arbeiten betroffen, wie z.B. die abschließende Hochrechnung der Kostenstrukturerhebungen, die an die Eckwerte der Unternehmens- und Investitionserhebungen gebunden ist, und die Konzentrationsuntersuchungen. Bei der Material- und Wareneingangserhebung entsprechen die Antwortausfälle - trotz der Kritik, auf die

1) Der Bundestag hat den Gesetzentwurf mit einer (redaktionellen) Änderung gegenüber der Beschlußempfehlung des Innenausschusses am 29. November 1979 in 2. und 3. Lesung einstimmig angenommen. Der Bundesrat hat am 21. Dezember 1979 den Vermittlungsausschuß angerufen.

diese Erhebung anfangs gestoßen ist - in etwa denen früherer Erhebungen. Bei künftigen Erhebungen dieser Art sollten Rechtsgrundlage und Systematiken so rechtzeitig zur Verfügung stehen, daß sich die Befragten vor Beginn des Anschreibjahres auf die Erhebung einstellen können. Für den Zensus im Produzierenden Gewerbe, dessen Durchführung durch das Statistikbereinigungsgesetz geregelt werden sollte, wird derzeit wegen der eingetretenen Verzögerungen vom Bundesministerium für Wirtschaft parallel ein Verordnungsentwurf vorbereitet, der sich an den Kürzungsvorschlägen des Statistikbereinigungsgesetzes orientiert. Bei der Kartei ist das endgültige Ausbaustadium - nach Beseitigung von noch verbliebenen Unstimmigkeiten in der Abgrenzung der Einheiten, der Schwerpunktzuordnung u.a. - inzwischen nahezu erreicht.

Als letzter Schritt der Neuordnung sind nunmehr die Vorbereitungen für die Anpassung der Indizes an das neue Konzept angelaufen. Beim Produktionsindex wird zunächst noch einmal eine behelfsmäßige Umstellung auf 1976 vorgenommen, bei der neue Gewichte aus der Kostenstrukturerhebung verwendet werden. Die eigentliche Korrektur erfolgt bei der Umstellung auf die Basis 1980, wobei dann nicht nur neue Wägunsschemata, sondern auch neue Fortschreibungsreihen benutzt werden. Berechnet werden sollen die neuen Indizes sowohl für Unternehmen, als auch für fachliche Unternehmensteile.

Auf Frage von Prof. Dr. Krengel und Dr. Hanau nach der Verfügbarkeit der neuen Produktions-, Auftragseingangs- und Auftragsbestandsindizes und dem vorgesehenen Rückrechnungszeitraum, erklärt Frau Jäger, daß die Indizes auf Basis 1976 voraussichtlich 1980 veröffentlicht werden; für die Indizes auf Basis 1980 ist das Jahr 1983 als Termin in Aussicht genommen. Hinsichtlich der Rückrechnung der Indizes wird man versuchen, den Konsumenten weitgehend entgegenzukommen. Zum Vorschlag von Prof. Dr. Krengel, das Statistische Bundesamt solle geschätzte Angaben über den Umsatz und die Zahl der tätigen Personen für die in der jährlichen Erhebung für Kleinbetriebe in der Industrie nicht erfaßten Handwerksbetriebe veröffentlichen, um eine Vielzahl differierender Schätzungen durch andere Stellen zu vermeiden,

äußern Frau Dr. Bartels und Frau Engelmann - angesichts der Problematik solcher Zahlen - Bedenken. Es könnte jedoch überlegt werden, die entsprechenden Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einem begrenzten Kreis von interessierten Benutzern zur Verfügung zu stellen.

Dr. Hanau, der an den bisherigen Indexberechnungen, insbesondere den Abweichungen zwischen vorläufigen und endgültigen Ergebnissen, Kritik übt, erkundigt sich nach dem Stand der Arbeiten an verbesserten Verfahren zur arbeitstäglichen Bereinigung und zur Schätzung von Antwortausfällen. Diese Fragen sollen, wie Frau Jäger erklärt, auf der nächsten Sitzung des Fachausschusses "Produzierendes Gewerbe, Umweltstatistiken" im einzelnen erörtert werden. Frau Dr. Bartels weist auf die mit der Entwicklung und Anwendung solcher Schätzverfahren verbundenen Schwierigkeiten hin.

Hinsichtlich des Konzepts für die Umstellung der Indizes auf die Basis 1980 hält Dr. Kolfenbach eine schnelle Verfügbarkeit der Indizes für wichtiger als eine tiefe fachliche Gliederung. Seine Frage, ob die Vorbereitungen für eine Verordnung zur Durchführung eines Zensus im Produzierenden Gewerbe fortgeführt werden sollten, wird von seiten der Statistischen Landesämter unter Hinweis auf die noch nicht absehbare Haltung der Landesregierungen bejaht.

b) Statistiken im Handel und Gastgewerbe

Herr Herberger gibt einleitend einen kurzen Überblick über den Stand der Statistiken im Handel und Gastgewerbe, über deren Konzept auf der letzten Beiratstagung ausführlich berichtet worden ist. Das Handelsstatistikgesetz ist in der Zwischenzeit am 10. November 1978 verabschiedet worden. Die Umstellung auf das neue Berichtssystem ist mit der Handels- und Gaststättenzählung 1979 planmäßig begonnen worden. Allerdings werden - bedingt vor allem durch die mangelnde Qualität des von den Finanzverwaltungen gelieferten Anschriftenmaterials - die Ergebnisse dieser Zählung später vorliegen als ursprünglich vorgesehen. Die Umstellung der Jahreserhebungen soll jedoch termingemäß im Herbst 1980 erfolgen, der Übergang auf die neuen Monatsstatistiken ab

Januar 1981. Mit dem Dank an die beteiligten Verbände für ihre Unterstützung bei der Entwicklung der Fragebogen für die Jahrerhebung und der Warenlisten für die Ergänzungserhebungen beschließt Herr Herberger seine Ausführungen.

Dr. Oehler erwidert diesen Dank aus der Sicht der Verbände, appelliert aber gleichzeitig an die Statistischen Landesämter, alles in ihren Kräften stehende zu unternehmen, um den vereinbarten Zeitplan einzuhalten. Herr Benker und Dr. Scheingraber weisen darauf hin, daß die Verzögerungen, die durch die schlechte Qualität des Anschriftenmaterials zustande gekommen sind, selbst bei Einsatz aller Kapazitäten nicht aufzuhalten waren, ein Problem, das - wie Dr. Oehler zugesteht - auch schon bei der letzten Handels- und Gaststättenzählung bestanden hat. Zum Vorschlag von Dr. Oehler, auf das Adressenmaterial der Berufsgenossenschaften zurückzugreifen, bemerkt Herr Herberger, daß mit der Lieferung des Anschriftenmaterials zugleich die Neuverschlüsselung der Gewerbekennziffern verbunden ist, die sonst zusätzlich erfolgen müßte. Die Diskussion abschließend hält Herr Herberger fest, daß - solange sich die Terminlage nicht noch weiter verschlechtert - die eingetretenen Verzögerungen die Umstellungstermine nicht gefährden.

c) Bodennutzungserhebung

Anschließend berichtet Herr Herberger über die wichtigsten Änderungen des Gesetzes über Bodennutzungs- und Ernteerhebung¹⁾, dessen Neufassung im August 1978 verkündet wurde. Anstelle der bisherigen Bodennutzungsvorerhebung wurde eine Flächenerhebung nach der Belegenheit eingeführt, die alle vier Jahre einen Nachweis der tatsächlichen Nutzung der Flächen und ab 1985 auch der bauplanrechtlich zulässigen Nutzungsart erlaubt. Auskunftspflichtig für die Flächenerhebung sind in erster Linie die Katasterämter. Allerdings eignen sich die bestehenden Kataster in vielen Fällen nur bedingt zur Übernahme in die Flächenstatistik; bei der erstmaligen Durchführung der Erhebung Anfang die-

1) Weitere Einzelheiten sind dem in "Wirtschaft und Statistik" erschienenen Aufsatz "Neuordnung der Bodennutzungs- und Ernteerhebung" Heft 1/1979, S. 31 ff., zu entnehmen.

ses Jahres mußten deshalb in größerem Umfang Schätzungen vorgenommen werden. Bei der Bodennutzungshaupterhebung wurde u.a. die Erfassungsgrenze an die Agrarberichterstattung angepaßt sowie der Erhebungsturnus in eine vierjährige Folge - Totalerhebung und drei Repräsentativerhebungen - geändert. Erntevorausschätzungen an Hand von Witterungsdaten erfolgen durch das Statistische Bundesamt.

Der Beirat nimmt diesen Bericht zur Kenntnis.

d) Auswirkungen der Umstellung der Preisindizes auf das Basisjahr 1976

Herr Schlüter gibt einen kurzen Bericht über den Stand der Umstellungsarbeiten an den Preisindizes auf die Basis 1976, die neben dem laufenden preisstatistischen Arbeitsprogramm zu bewältigen waren und deshalb relativ lange Zeit erforderten. Wie bei früheren Umstellungen handelt es sich auch bei der Neuberechnung auf Basis 1976 nicht nur um eine Anpassung der Wägungsschemata an neuere Umsatz- bzw. Kostenstrukturen, sondern auch um eine Aktualisierung der Güterauswahl. Die Ergebnisse der Neuberechnung des Lebenshaltungsindex sollen bis Ende des Jahres veröffentlicht werden¹⁾. Als Veröffentlichungstermin für den Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte sowie den Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte und den Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel stellt er das erste Quartal 1980 in Aussicht. Die Baupreisindizes sollen bis zur Jahresmitte, die Außenhandelspreisindizes und der Grundstoffpreisindex bis zum Jahresende folgen.

3. Verschiedenes

Die vom Statistischen Bundesamt vorgelegten Besprechungsunterlagen über den Stand der Rechtsgrundlagen und die Beirats- und Fachausschußarbeit im Berichtszeitraum nimmt der Statistische Beirat ohne Aussprache zur Kenntnis. Interesse an

1) Einzelheiten sind dem in der Zwischenzeit in "Wirtschaft und Statistik", Heft 11/1979, erschienenen Aufsatz "Zur Neuberechnung der Preisindizes für die Lebenshaltung und des Index der Einzelhandelspreise auf Basis 1976" zu entnehmen.

einer Mitarbeit in dem vorgeschlagenen Arbeitskreis "Berufsbildungsstatistik" bekunden Graf Pückler für die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Herr Birkhan für die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft und Prof. Dr. Krengel für die wirtschaftswissenschaftlichen Institute.

Von seiten einiger Beiratsmitglieder wird angeregt, die Beiratstagungen künftig wieder im Mai stattfinden zu lassen sowie spätestens 1981 den Fachausschuß "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen" zu seiner nächsten Sitzung einzuberufen.

III. Der Dienstleistungsbereich in der Bundesstatistik

Für die Wahl des Themas "Der Dienstleistungsbereich in der Bundesstatistik" als Diskussionsthema war, wie Frau Dr. Bartels in ihrer Einleitung erläutert, vor allem die wachsende Bedeutung der Dienstleistungen für die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ausschlaggebend. Im Vorfeld der Überlegungen für einen weiteren Ausbau der Statistiken über Dienstleistungen sollten deshalb konzeptionelle und methodische Probleme erörtert und ein erster Überblick über die Anforderungen der Benutzer im Vergleich mit den vorhandenen statistischen Quellen gewonnen werden.

Die Diskussionen im nationalen wie im internationalen Bereich haben, wie Dr. Hamer ausführt, das Statistische Bundesamt in seiner Auffassung bestärkt, daß dem Ausbau der Statistiken über Dienstleistungen künftig besondere Beachtung zukommen sollte. Die Anforderungen, die in bezug auf die Erfassung der Dienstleistungen an die Statistik gestellt werden, sind jedoch unterschiedlich. Auf der einen Seite werden Informationen aus gesamtwirtschaftlicher Sicht, z.B. für konjunkturpolitische Zwecke, für die Wachstums- und Strukturpolitik, für die Beschäftigungspolitik, auf der anderen Seite über spezielle Teilbereiche des Dienstleistungsbereich oder bestimmte Dienstleistungen verlangt, z.B. für die Verkehrspolitik, für die Forschungspolitik usw.

Dr. Hamer weist auf einige Probleme der Abgrenzung und Definition des Dienstleistungsbereichs und der Gewinnung statistischer Informationen über Dienstleistungen hin. Eine eindeutige, allge-

mein akzeptierte Begriffsbestimmung gibt es bisher für diesen Bereich nicht. Informationen über den Dienstleistungsbereich umfassen nicht nur statistische Ergebnisse über die von Unternehmen angebotenen und gegen Entgelt verkauften Dienstleistungen, sondern auch über die innerhalb der Unternehmen erbrachten sowie über die vom Staat und den Organisationen ohne Erwerbscharakter überwiegend kollektiv und ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellten Dienstleistungen.

Ein schwieriges Problem der Erfassung der Dienstleistungen ist darin zu sehen, daß Dienstleistungen sowohl Haupttätigkeit als auch Nebentätigkeit eines Unternehmens bzw. einer Arbeitsstätte sein können; daneben treten Dienstleistungen in mehr oder minder großem Umfang als Hilfsfunktion bei jeder Warenproduktion auf. Eine eindeutige Abgrenzung gibt es hier nicht, sie richtet sich immer nach den jeweiligen Untersuchungszwecken und den Erfassungsmöglichkeiten, die - insbesondere hinsichtlich der Erfassung von Dienstleistungen als Hilfsfunktionen - sehr beschränkt sind, da das Rechnungswesen der betreffenden Einheiten solche Angaben vielfach nicht hergibt. Etwas mehr Einblick in die Dienstleistungen als Hilfsfunktion bietet die Ermittlung von Tätigkeiten von Personen.

Anschließend gibt Dr. Hamer einen Überblick über die zur Gliederung der Dienstleistungen von der Produktions- und Verwendungsseite her sowie zur Gliederung der Tätigkeiten von Personen zur Verfügung stehenden Systematiken und erläutert die der Darstellung des Datenangebots zugrunde liegende Gliederung. Die vorliegende Bestandsaufnahme des Datenangebots zeigt, wie Dr. Hamer erläutert, daß der Dienstleistungssektor noch relativ wenig und ziemlich ungleichmäßig statistisch durchleuchtet ist. Neben den in der Vergangenheit recht unterschiedlichen bereichsspezifischen Anforderungen sind hierfür auch die Schwierigkeiten der Gewinnung statistischer Informationen für den Dienstleistungsbereich verantwortlich.

Frau Dr. Bartels regt an, in der Diskussion die Probleme der Beschaffung statistischer Informationen zunächst auszuklammern und das Interesse auf die Anforderungen zu konzentrieren. Folgt man dabei der Systematik der Wirtschaftszweige und betrachtet den Bereich der Dienstleistungsunternehmen, so zeigen sich Lücken

in der statistischen Erfassung insbesondere außerhalb der Freien Berufe, des Dienstleistungshandwerks und der Wohnungswirtschaft. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob die traditionelle Abgrenzung des Dienstleistungsbereichs noch in jedem Fall optimal ist. So entfielen z.B. auf den Dienstleistungssektor in traditionellem Sinn, also diejenigen Unternehmen und Institutionen, die überwiegend Dienstleistungen erbringen, im Jahre 1978 rund 49 % der Erwerbstätigen, während die im Mikrozensus erfaßten Angaben über die Art der ausgeübten Tätigkeit den Schluß zulassen, daß fast zwei Drittel aller Erwerbstätigen Dienstleistungstätigkeiten ausüben. Die Grenze zwischen Warenproduktion und Dienstleistungstätigkeit ist fließend geworden. Wie man problemgerecht abgrenzt, hängt in erster Linie davon ab, für welche konkreten Zwecke die statistischen Informationen benötigt werden.

In der Diskussion wird überwiegend die Ansicht vertreten, der Informationsbedarf verlange, bei dem Nachweis statistischer Ergebnisse für den Dienstleistungsbereich über dessen Abgrenzung im engeren Sinne hinauszugehen. Dies gelte insbesondere im Hinblick auf die wachsende Bedeutung der Untersuchung struktureller Veränderungen. Aus der Sicht der Untersuchung derartiger gesamtwirtschaftlicher Ursachen- und Wirkungszusammenhänge sei es vor allem wünschenswert, auch solche Dienstleistungen nachzuweisen, die zwar mit der Produktion von Waren verbunden sind, bei denen aber starke Tendenzen zur Verselbständigung bestehen; als Beispiele werden u.a. Einkaufs- und Vertriebsleistungen, Leasing, Wartung, Forschung, Anwendungstechnik und Software-Entwicklung genannt. Eine theoretische Möglichkeit, wie die Bundesstatistik dieser Entwicklung Rechnung tragen könnte, wird darin gesehen, daß versucht wird, alle Dienstleistungen des Produzierenden Gewerbes zu erfassen und als solche nachzuweisen, die sich - institutionell - zu selbständigen Nebenbetrieben entwickelt haben. Dies würde allerdings ebenso wie die vorgeschlagene Ausgliederung fachlicher Unternehmensteile voraussetzen, daß die in Frage kommenden Dienstleistungen Teil eines umfassenden Güterverzeichnis werden. Empfehlenswert sei ferner eine vertiefte Diskussion u.a. mit Vertretern der Betriebswirtschaft über den Inhalt bestimmter Kostenstellen. Bei den weiteren Überlegungen dürfe die Frage der Beschaffung der Informationen nicht außer acht gelassen werden, da die gewünschten Informationen sich in vielen

Fällen entweder gar nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Arbeitsaufwand aus dem Rechnungswesen ermitteln ließen.

Neben der allgemeinen Untersuchung struktureller Veränderungen, die auch Fragen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, der nationalen Produktivitätsentwicklung und der Wachstumschancen der verschiedenen Wirtschaftsbereiche einschließt, besteht spezielles Interesse - im Zusammenhang mit dem aktuellen Bericht der Bundesregierung - an zusätzlichen Informationen über die Freien Berufe sowie an Informationen für die Mittelstandspolitik.

Ein weiterer Schwerpunkt der Anforderungen wird von den Teilnehmern in dem Informationsbedarf über die mit diesen grundlegenden Umschichtungen der Wirtschaftsstruktur verbundenen Arbeitsmarktprobleme gesehen. Hier stehen insbesondere Untersuchungen im Vordergrund des Interesses, inwieweit sich auch wachsende Teile des Dienstleistungsbereichs durch Einsatz neuer arbeitssparender Technologien von einem Auffangbereich für Arbeitskräfte in einen Freisetzungsbereich wandeln. Im Zusammenhang mit den Verschiebungen auf dem Arbeitsmarkt sind auch die Rückwirkungen auf die Bildungspolitik zu berücksichtigen.

Insgesamt gesehen herrscht die Auffassung vor, daß es für die Abgrenzung des Dienstleistungsbereichs keine einheitliche Lösung geben kann, sondern daß diese Frage immer im Zusammenhang mit dem jeweiligen Untersuchungszweck entschieden werden muß.

Frau Dr. Bartels faßt als Fazit zusammen, daß die Diskussion wichtige Anhaltspunkte für die weitere Ausgestaltung der Arbeiten des Statistischen Bundesamtes im Bereich der Dienstleistungsstatistik erbracht habe. Welche Schlußfolgerungen daraus gezogen werden, läßt sich im einzelnen noch nicht übersehen, zumal auch insbesondere die Frage genau untersucht werden müsse, welche Möglichkeiten für die Gewinnung entsprechender Daten bestehen, um das Bild des Dienstleistungsbereichs vervollständigen zu können.

Mit dem Dank für die rege Beteiligung an der Diskussion sowie für die vielfältigen Anregungen schließt Frau Dr. Bartels die 26. Tagung des Statistischen Beirats.